

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1948)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanz-Direktion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Moeckli, G.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-417388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZ-DIREKTION

DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1948

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Stellvertreter: Regierungsrat **G. Moeckli**

A. Allgemeines

I.

Die Finanzdirektion hat in Ausführung eines vom Grossen Rat erheblich erklärten Postulates Dr. Aebi in einem Bericht vom August 1948 die Finanzlage des Staates Bern erneut dargestellt. Der «Finanzbericht 1948» schildert in einem Vorbericht in knapper Zusammenfassung die Entwicklung der bernischen Staatsrechnung seit der Jahrhundertwende und gibt — entsprechend den im Postulat gestellten Fragen — im besondern eingehend Auskunft über:

1. die Entwicklung des Vermögensstandes des Staates seit 1900;
2. die jährlichen Abschreibungen von eingetretenen Vermögensverlusten und zeitbedingten Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung, Krisenbekämpfung und Kriegsmassnahmen in den letzten 10 Jahren;
3. die ordentlichen und ausserordentlichen Aufwendungen des Staates für die Hilfskasse des Staatspersonals und der Lehrerschaft in Gegenüberstellung zu den Leistungen des Staatspersonals und der Lehrerschaft sowie den ausbezahlten Lohnsummen und Renten in den letzten 10 Jahren.

II.

Das Gesetz vom 19. Oktober 1944 über die direkten Staats- und Gemeindesteuern hat im Berichtsjahr eine Revision erfahren. Die verhältnismässig kurze Zeit nach Inkrafttreten des Gesetzes bereits durchgeführte Teilrevision bezweckte sowohl die Herbeiführung einer Steuerentlastung als auch die Änderung einiger Bestimmungen, die in der bisherigen Anwendung nicht ganz zu befriedigen vermochten. Die Steuerentlastung wurde vor allem herbeigeführt durch eine Erhöhung der Sozialabzüge und des Maximums des 10-%-Abzuges der unselbständig Erwerbenden sowie durch einen Ausbau des sog. Kleinrentnerprivilegs. Daneben brachte die Gesetzesrevision weitere Erleichterungen und Vereinfachungen.

III.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1948 schliesst bei Schuldentilgungen im Betrage von Fr. 6 858 422.75 mit einem Einnahmenüberschuss der Betriebsrechnung von Fr. 76 798.82 ab. Im Voranschlag war ein Ausgabenüberschuss von Fr. 11 908 209 vorgesehen. Das Rechnungsergebnis zeitigt somit eine Verbesserung

gegenüber dem Voranschlag von Fr. 11 985 007.82. Ohne die vorsorgliche Belastung der Staatsrechnung 1947 mit Zahlungen, die für das Jahr 1948 vorgesehen waren, hätte ein Ausgabenüberschuss in Kauf genommen werden müssen. Damit ist auch erwiesen, dass die verlangte Senkung der Steueranlage um 0,1 zu einem Defizit in der Betriebsrechnung 1948 von rund 4,5 Millionen Franken hätte führen müssen.

Das reine Staatsvermögen vermehrte sich um Fr. 6 665 096.81 und betrug Ende Dezember 1948 Fr. 39 735 048.90.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei nähere Aufschlüsse.

IV.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtigere neue Erlasse auf:

- a) Gesetz vom 19. Dezember 1948 über die direkten Staats- und Gemeindesteuern (Abänderung und Ergänzung).
- b) Dekret vom 13. September 1948 über die Gewährung von zusätzlichen Teuerungszulagen für das Jahr 1948 und von Teuerungszulagen für das Jahr 1949 an die Rentenbezüger der Hilfskasse.
- c) Dekret vom 13. September 1948 über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 1948.
- d) Dekret vom 13. September 1948 über die Gewährung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal für das Jahr 1949.
- e) Dekret vom 15. November 1948 über die Besoldungen der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung (Abänderung) mit Anhang.
- f) Verordnung vom 12. März 1948 über den kantonalen Steuerausgleichsfonds.

V.

Noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes. Ein erster Vorentwurf wurde überarbeitet. Die Vorbereitungen werden weitergeführt.
2. Postulat Zimmermann betreffend Finanzausgleich zwischen den Gemeinden und Postulat Buri betreffend Vorlage für einen wirksamen Steuerausgleich. Die Finanzdirektion prüft die Möglichkeiten eines wirksamen und tragbaren Finanzausgleichs und wird im Laufe des Jahres 1949 entsprechende Anträge stellen.
3. Postulat Bickel betreffend Bericht über Sparmöglichkeiten im Staatshaushalt. Die im letzten Verwaltungsbericht erwähnte Überprüfung der gesamten Staatsverwaltung durch den vom Regierungsrat beigezogenen Experten nimmt ihren Fortgang. Der

Regierungsrat wird dem Grossen Rat gegen Ende des Jahres 1949 einen ersten Teilbericht vorlegen.

VI.

Jahresbericht und Jahresrechnung der bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an:

Dank der günstigen Wirtschaftslage mussten auch im Berichtsjahr keine neuen Darlehen gewährt werden. Der Darlehensbestand hat eine Verminderung um Fr. 398 531 erfahren und ist von Fr. 1 788 463.05 Ende 1947 auf Fr. 1 389 932.05 Ende 1948 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 3418.70 wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1948 einen Bestand von Fr. 168 673.90 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1948 Fr. 2 055 429.95 gegenüber Fr. 2 357 867.45 auf Ende 1947. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden und Diverses belaufen sich im Berichtsjahr auf Fr. 364 483.40.

VII.

Über die **Amtskauttionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1948):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kauttion geleistet durch						Total Kautionspflichtige
	Amtsbürgerschafts-Genossenschaft	Barkaution und Wertschriften	Einzelbürgerschaft (Solidarbürgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	37	1					38
Beamte der Bezirksverwaltung	87	3				1	91
Angestellte der Bezirksverwaltung	238	7		1	1	5	252
Anstaltspersonal	42	1	1	2	1	1	48
Oberwegmeister	20			1			21
Kreiskommandanten	6						6
Sektionschefs	211	3		1		3	218
Nachführungsgeometer	28	1			1	1	31
Betreibungsgehilfen	156	2	1			1	160
Personal der Hypothekarkasse	50						50
	875	18	2	5	3	16	915
rund (in %)	95,6	1,9	0,3	0,5	0,4	1,3	100

B. Verwaltung

I. Direktionsbureau

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1948 folgende Zahlen auf (Vorjahr in Klammern): Nachlassgesuche in Steuersachen 9252 (7817); Domänen-geschäfte, Salzhandel und Mitberichte 3067 (3264); Ent-scheide über amtliche Inventaraufnahmen 2039 (2175), wobei in 41 Fällen (47) ein Inventar angeordnet wurde.

An Bezugs- und Zahlungsanweisungen wurden durch die Direktion kontrolliert und vom Direktor, von den Sekretären und dem Finanzinspektor unter-zeichnet 8878 (9107).

II. Kantonsbuchhalterei

Personelles

Im Bestande des Personals der Kantonsbuchhalterei trat im Jahre 1948 keine Veränderung ein.

Einnahmen in 1948	Fr. 187 759 875.15
Ausstand am Ende des Jahres	» 36 969 198.60
Zusammen, wie oben	<u>Fr. 224 729 073.75</u>

Visa und Rechnungsführung

Die Anzahl der geprüften und visierten Einzel- und Kollektivanweisungen der Direktionen betrug 54 563 (57 287). Auf die Betriebsrechnung entfallen 29 889 (33 351) Anweisungen und 24 674 (23 936) auf die Vermögensrechnung. Die Bezugsanweisungen erreichten im Total eine Summe von Fr. 1 124 350 744.78 (Fran-ken 919 535 874.96) und die Zahlungsanweisungen eine solche von Fr. 1 122 114 669.16 (Fr. 935 271 310.73). Zum Vollzug durch die Amtsschaffnereien wurden auf-gegeben Bezugsanweisungen im Betrage von Fran-ken 173 314 154.11 (Fr. 118 417 972.59) und Zahlungs-anweisungen von Fr. 171 078 078.49 (Fr. 134 153 408.36). Für gegenseitige Buchungen und Abrechnungen mit Dritten ohne Geldbewegung ergeben die dafür aus-gestellten Anweisungen einen Gesamtbetrag von Fran-ken 951 036 590.67 (Fr. 801 117 902.37). Wesentliche Beanstandungen des Visums und der Rechnungs-führung und -legung bei der Zentralverwaltung und den Spezialverwaltungen sind nicht zu verzeichnen.

Zahlungsanweisungen (Passivausstände)

Unvollzogene auf Ende 1947	Fr. 22 552 155.61
Neue Zahlungsanweisungen in 1948	» 171 078 078.49
Zusammen zu liquidieren	<u>Fr. 193 630 234.10</u>
Auszahlungen in 1948.	Fr. 187 929 971.81
Unvollzogene auf Ende des Jahres	» 5 700 262.29
Zusammen, wie oben	<u>Fr. 193 630 234.10</u>

Auf Ende des Jahres erreichten die Ausstände der direkten Steuern die Summe von Fr. 27 916 063.03, wovon Fr. 19 541 882.55 auf die Amtsschaffnereien und Fr. 8 374 180.48 auf die Gemeinde Bern entfallen, die-jenigen der eidgenössischen Steuern Fr. 13 474 638.57.

Durch die Kantonalbank und ihre Zweiganstalten sind für Rechnung der Staatskasse Zahlungen ausge-führt worden im Gesamtbetrag von Fr. 61 336 203.05, durch das Postscheckamt von Fr. 119 921 957.46.

Allgemeine Kassen

Die Abwicklung über die den Amtsschaffnereien zum Vollzug aufgegebenen Bezugs- und Zahlungs-anweisungen gestaltete sich wie folgt:

Bezugsanweisungen (Aktivausstände)

Ausstände vom Vorjahr.	Fr. 51 414 919.64
Neue Bezugsanweisungen in 1948	» 173 314 154.11
Zusammen zu liquidieren	<u>Fr. 224 729 073.75</u>

Bilanz des Staatsvermögens

Ordentliche Rechnung

Aktiven

Forsten	Fr. 26 509 514.—
Domänen	» 89 764 531.—
Domänenkasse	» 21 934.45
Hypothekarkasse	» 30 000 000.—
Kantonalbank	» 40 000 000.—
Übertrag	<u>Fr. 186 295 979.45</u>

	Übertrag	Fr. 186 295 979.45
Eisenbahnanlagen:		
a) Wertschriften	»	69 667 997.85
b) Vorschüsse	»	—.—
Beteiligungen und Wertschriften	»	62 041 501.25
Kassen	»	1 357 652.16
Aktivausstände	»	36 969 198.60
Kontokorrente	»	49 242 526.82
Mobilien-Inventar	»	15 590 328.56
Zweckgebundenes Staatsvermögen	»	55 427 156.09
<i>Summe der Aktiven</i>		<u>Fr. 476 592 340.78</u>

Passiven

Domänenkasse	Fr.	4 528 180.44
Eisenbahn-Amortisationsfonds	»	16 461 085.30
Passivausstände	»	5 700 262.29
Kontokorrente	»	138 955 425.05
Anleihen	»	262 340 500.—
Vorübergehende Geldaufnahmen	»	—.—
<i>Summe der Passiven</i>		<u>Fr. 427 985 453.08</u>

Reinvermögen, wie hievor Fr. 48 606 887.70

Gegenüber dem Vorjahr haben die Aktiven der ordentlichen Rechnung um Fr. 32 876 823.63 und die Passiven um Fr. 39 302 651.19 abgenommen. An dieser Verminderung sind zur Hauptsache beteiligt:

Der frühere Steuerbezug und damit des rechtzeitigeren Einganges der direkten Steuern, die Liquidation von eidgenössischen Steuern sowie die Rückzahlung des nicht konvertierten Anteils an der in 1947 vorzeitig vorgenommenen Konversion des 3½-%-Anleihens 1933 und des 3¼-%-Anleihens 1941.

Der Steuerreserve sind Fr. 3 547 347.57 zugewiesen, dagegen Fr. 3 912 090.88 zur Abschreibung unerhältlicher Steuern entnommen worden. Sie hat somit eine Abnahme von Fr. 364 743.31 erfahren, und ihr Stand erreicht auf 31. Dezember 1948 Fr. 3 194 018.56.

Betriebsrechnung

Es betragen

die <i>Bruttoeinnahmen</i>	Fr. 267 691 674.49
die <i>Bruttoausgaben</i>	» 267 614 875.67
<i>Überschuss der Einnahmen</i>	<u>Fr. 76 798.82</u>

oder, wenn bloss die reinen Ergebnisse der einzelnen Verwaltungszweige berücksichtigt werden:

die <i>Reineinnahmen</i>	Fr. 132 544 924.43
die <i>Reinausgaben</i>	» 132 468 125.61
<i>Überschuss der Einnahmen</i>	<u>Fr. 76 798.82</u>

Veranschlagt waren

die <i>Reinausgaben</i>	Fr. 127 250 902.—
die <i>Reineinnahmen</i>	» 115 342 693.—
so dass sich ein <i>Überschuss der Ausgaben</i> ergab von	<u>Fr. 11 908 209.—</u>

Diesen Berechnungen gegenüber sind die

<i>Einnahmen höher</i> um	Fr. 17 202 231.43
<i>Ausgaben höher</i> um	» 5 217 223.61

so dass die Rechnung um Fr. 11 985 007.82

günstiger abschliesst als der Voranschlag.

Rechnung der Sonderkredite

Die Rechnungen der Sonderkredite umfassend die Spezialkredite: Ausbau der Fremdenverkehrsstrassen und den Spezialkredit für Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot, aufgeteilt in die Sonderkonti I und II verzeigen in 1948 an:

Gesamteinnahmen	Fr. 4 505 670.50
Gesamtausgaben	» 4 266 401.25
<i>Einnahmenüberschuss</i>	<u>Fr. 239 269.25</u>

Abschluss

Überschuss der ordentlichen Rechnung	Fr. 6 425 827.56
Überschuss der Rechnung der Sonderkredite	» 239 269.25
<i>Überschuss gleich der Vermögensvermehrung</i>	<u>Fr. 6 665 096.81</u>

Gesamtes Reinvermögen am 1. Januar 1948 Fr. 33 069 952.09

Gesamtes Reinvermögen am 31. Dezember 1948 » 39 735 048.90

Vermehrung wie hievor Fr. 6 665 096.81

Das Reinvermögen per 31. Dezember 1948 wird wie folgt ausgewiesen:

Reinvermögen der ordentlichen Rechnung	Fr. 48 606 887.70
Schuldenüberschuss der Rechnung der Sonderkredite	» 8 871 838.80
<i>Verbleibt ein Reinvermögen per 31. Dezember 1948 von</i>	<u>Fr. 39 735 048.90</u>

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Gemäss Art. 3, Absatz 2, des Finanzgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. Hypothekarkasse, § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.

2. Kantonalkasse, Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalkasse. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalkasse.

3. Hülfskasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsverwaltung. Dekret vom 9. November 1920.

a) § 52. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.

b) § 67. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4 % des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.

4. **Bernische Kreditkasse.** Gesetz vom 19. Oktober 1924. Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.

5. **Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.**

a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1 000 000.

b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1 000 000.

III. Finanzinspektorat

Während des Jahres 1948 wurden die Inspektionen vorschriftsgemäss unangemeldet und wie folgt durchgeführt:

	Zahl der	
	Stellen	Inspektionen
<i>Amtsschaffnereien</i>	30	32
<i>Staatsanstalten</i>	36	35
<i>Justizverwaltung:</i>		
Obergericht	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	—
Versicherungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	33
Gerichtsschreibereien	37	39
Regierungsstatthalterämter . .	30	28
Grundbuchämter	30	28
Andere Kassastellen der Direktionen	71	63
Total	269	261

Amtsschaffnereien

Die an Ort und Stelle vorgenommenen Inspektionen fielen fast ausnahmslos zufriedenstellend aus. Trotz der Arbeitszunahme und öfters auch ungeachtet des Personalmangels wurden die monatlichen Rechnungsauszüge dem Finanzinspektorat immer innerhalb der vorgeschriebenen Fristen zugestellt.

Die Passation der Rechnungen beansprucht seitens des Personals des Inspektorats eine beträchtliche Arbeit. Es handelt sich hierbei u. a. darum, die peinlich genaue Löschung von zahlreichen, im Verlaufe des Monats liquidierten Ausständen vorzunehmen; hierauf sind die Aktiv- und Passivsaldi zu ermitteln. Es sind dies teils Kontrollarbeiten, teils aber auch Präzisionsberechnungen, welche durch das gegenwärtige System der kantonalen Buchhaltung erforderlich sind.

Staatsanstalten

Die eingesandten Monats- resp. Quartalsrechnungen wurden in gewohnter Weise geprüft, und in den meisten Fällen konnte die Genehmigung ohne Vorbehalte und Beanstandungen erteilt werden.

Die ohne vorgängige Anmeldung vollzogenen Kassarevisionen geschahen in normaler Weise.

Kassastellen der Justizverwaltung sowie diverser Direktionen

Auch hier waren im allgemeinen die durchgeführten Inspektionen zufriedenstellend. Die zuweilen beanstandeten Mängel wurden dank mündlich oder schriftlich erteilter Instruktionen durch unser Inspektorat vermieden oder korrigiert.

Besondere Aufgaben

In unserem Bericht vom Jahre 1947 wiesen wir darauf hin, dass das Finanzinspektorat mit der Generalrevision der namens des Staates Bern abgeschlossenen Versicherungspolice beauftragt worden war. Da diese Prüfung für das Finanzinspektorat eine zu grosse Last darstellte, ist sie im März 1948 von der Finanzdirektion dem kantonalen Liegenschaftsverwalter zusätzlich übertragen worden.

Unregelmässigkeiten

Im Verlaufe des Jahres 1948 wurden 6 Fälle aufgedeckt. 3 davon sind dem Richter überwiesen worden, während die übrigen 3 auf dem administrativen Weg erledigt werden konnten.

Personal

a) Finanzinspektorat

Es ist keine Änderung zu verzeichnen.

b) Amtsschaffnereien

Die Inhaber der 30 Amtsschaffnerposten des Kantons sind die nämlichen geblieben wie im Jahre 1947.

IV. Hülfskasse

Die Hülfskasse hatte im Berichtsjahr 1948 einen normalen Geschäftsgang zu verzeichnen. Das Rechnungsergebnis bleibt naturgemäss hinter demjenigen des Vorjahres zurück. Das ist darauf zurückzuführen, dass der Staat die ihm aus der Erhöhung des versicherten Jahresverdienstes auffallenden Monatsbeträge bereits im Jahre 1947 bezahlt hat. Die Ausgaben dagegen weisen in ihrer Gesamtheit wiederum eine Erhöhung auf, die ihren Grund in der Hauptsache in den vermehrten Rentenzahlungen findet. Der Bestand der aktiven Versicherten weist im Berichtsjahr eine Zunahme von 260 Personen auf. Am Ende des Berichtsjahres gehörten der Hülfskasse 4259 Versicherte an. Die Spareinleger haben um 6 Personen zugenommen und weisen am 31. Dezember 1948 einen Bestand von 496 Personen auf. Die versicherten Besoldungen der Mitglieder haben gegenüber dem Vorjahr um Franken 1 709 781 zugenommen und betragen Fr. 31 012 733. Für die Spareinleger ergibt sich eine Erhöhung der beitragspflichtigen Besoldungen um Fr. 47 961 auf Franken 2 717 654. Diese Erhöhungen sind zum Teil auf die Vermehrung des Mitgliederbestandes, zum Teil auf die Auswirkungen der neuen Besoldungsvorschriften (Alterszulagen) zurückzuführen. Die Zahl der Rentenbezüger hat gegenüber dem Vorjahr um 57 Personen zugenommen. Am Ende des Berichtsjahres bezifferte sie sich auf 1416 Personen. Die jährlichen Rentenverpflichtungen der Hülfskasse belaufen sich auf Fr. 4 095 072 gegenüber Fr. 3 873 198 auf Ende 1947.

Die Abgeordnetenversammlung der Hülfskasse fand am 31. August 1948 statt. Die Vertreter der Versicherten und des Staates in der Verwaltungskommission sind für eine Amtsdauer von 4 Jahren, endigend am 31. Dezember 1952, wiedergewählt worden.

Im Berichtsjahr traten 618 Personen neu in den Staatsdienst ein. Davon wurden 494 Neueintretende als Mitglieder aufgenommen, und 23 Spareinleger traten auf Grund der Ergebnisse nochmaliger medizinischer Begutachtungen zu den Versicherten über. Die übrigen 124 neu aufgenommenen Personen mussten teils altershalber teils aus medizinischen Gründen der Sparversicherung zugewiesen werden. Infolge Pensionierung, Austritt oder Tod weist der Bestand der Versicherten einen Abgang von 357 Personen und derjenige der Spareinleger einen solchen von 118 Personen auf. Die im Berichtsjahr bewilligten Begehren um den Einkauf von Zusatzjahren bedingten zusätzliche Zahlungen seitens der Gesuchsteller von Fr. 53 090, seitens des Staates von Fr. 57 638 und seitens der Inselkorporation von Fr. 10 622. Die Verwaltungskommission hatte sich im Jahr 1948 mit 150 Begehren um Ausrichtung von Kassenleistungen zu befassen.

Die versicherungstechnischen Berechnungen ergeben auf Ende 1948 ein erforderliches Deckungskapital für die laufenden Renten von Fr. 34 420 530 und ein solches für die aktiven Versicherten von Fr. 70 444 881 oder zusammen Fr. 104 865 411. Diesem Deckungs-

kapital stehen Aktiven gegenüber im Betrage von Fr. 58 399 960, so dass sich ein fehlendes Deckungskapital von Fr. 46 465 451 ergibt. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beziffert sich auf Fr. 680 102.

Bewegung im Bestand der Mitglieder und der Spareinleger:

Mitgliederbestand am 31. Dezember 1947 . . .	4099
Zuwachs (Neueintritte, Übertritte von den Spareinlegern)	517
	<u>4616</u>
Abgang (Austritte, Pensionierungen, Todesfälle)	357
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1948	<u>4259</u>
Bestand der Spareinleger am 31. Dezember 1947	490
Zuwachs (Neueintritte)	124
	<u>614</u>
Abgang (Austritte, Übertritte zu den Mitgliedern, Todesfälle)	118
Bestand der Spareinleger am 31. Dezember 1948	<u>496</u>

Der Sparkasse für das Aushilfspersonal gehörten am Ende des Jahres 1948 323 Personen an (im Vorjahre 276), die eine Lohnsumme von Fr. 1 536 620 aufweisen.

Der Bestand der Rentenbezüger verzeigt im Berichtsjahr folgende Bewegung:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Bestand am 31. Dezember 1947	675	546	101	27
Zuwachs im Berichtsjahr	69	49	28	2
	<u>744</u>	<u>595</u>	<u>129</u>	<u>29</u>
Abgang infolge Todes und Erlöschens der Rentenberechtigung	59	18	10	1
Bestand am 31. Dezember 1948	685	577	119	28
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	<u>+ 10</u>	<u>+ 31</u>	<u>+ 18</u>	<u>+ 1</u>

Jahresrechnung

Rentenfonds

Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr unter Einschluss des Saldos aus der Vermehrung der ausstehenden Einkaufsgelder und Deckungskapitalabzüge von Fr. 13 220.35	Fr. 10 132 451.20
Die Ausgaben betragen im Berichtsjahr	» 4 313 883.05
Der Einnahmenüberschuss beträgt	<u>Fr. 5 818 568.15</u>

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:
 Guthaben bei der Hypothekarkasse (einschliesslich ausstehende Einkaufsgelder der Mitglieder) . Fr. 57 899 960.65
 Es betrug am 31. Dezember 1947 » 52 081 392.50
 Die Kapitalvermehrung pro 1948 beträgt somit Fr. 5 818 568.15

Die Rechnung über die **Spareinlagen** gestaltet sich folgendermassen:

Einnahmen Fr. 876 564.30
 Ausgaben » 560 405.85

Der Einnahmenüberschuss beträgt somit Fr. 316 158.45

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:
 Guthaben bei der Hypothekarkasse Fr. 5 455 991.85
 Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1947 » 5 139 833.40

Die Kapitalvermehrung pro 1948 beträgt somit Fr. 316 158.45

Unterstützungsfonds

Einnahmen Fr. 17 509.65
 Ausgaben » 10 213.65
 Der Einnahmenüberschuss beträgt somit Fr. 7 296.—

Die Vermögensrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:
 Guthaben bei der Hypothekarkasse Fr. 227 258.40

Übertrag Fr. 227 258.40
 Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1947 » 219 962.40
 Die Kapitalvermehrung pro 1948 beträgt somit Fr. 7 296.—

Sparkasse des Aushilfspersonals

Einnahmen Fr. 290 028.15
 Ausgaben » 252 315.45

Der Einnahmenüberschuss beträgt somit Fr. 37 712.70

Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1948 Fr. 641 695.60
 Er betrug am 31. Dezember 1947 » 603 982.90

Die Kapitalvermehrung pro 1948 beträgt somit Fr. 37 712.70

Unterstützungsfonds für das Aushilfspersonal

Einnahmen Fr. 1 118.30
 Ausgaben » 49 842.70

Der Ausgabenüberschuss beträgt somit Fr. 48 724.40

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1947 Fr. 50 815.85
 Er beträgt am 31. Dezember 1948 » 2 091.45

Die Kapitalverminderung pro 1948 beträgt somit Fr. 48 724.40

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hilfskasse verwiesen.

V. Personalamt

Das Personalamt hatte in rund 2000 Geschäften Stellung zu nehmen bei Besetzung bereits bestehender Stellen, Neuerrichtung von Stellen, Gesuchen um Zulagen wegen Unterstützungspflicht, Festsetzung des Wertes von Naturalien, Besoldungsausrichtung in Krankheitsfällen, Disziplinarfällen und zahlreichen andern verschiedenartigen Gesuchen. Ferner waren Auskünfte über Besoldungen und Anstellungsverhältnisse an die eigene und andere Verwaltungen sowie an das Personal zu erteilen.

Ausser den laufenden Geschäften befasste sich das Personalamt mit folgenden wichtigeren Fragen:

1. Besoldungsauszahlung

Das Personalamt übernahm die Besoldungsauszahlung für weitere 550 Personen. Dies wurde ohne Personalvermehrung möglich durch die Anschaffung einer modernen Buchungsmaschine, die eine Zusammenfassung mehrerer Arbeitsgänge gestattet. Es wurde die

Besoldungsauszahlung an ca. 1825 Personen besorgt. Die entsprechende Besoldungssumme betrug rund 19 Millionen Franken. Die Besoldungskontrolle erstreckte sich auf ca. 4070 Personen mit einer Besoldungssumme von rund 29,5 Millionen Franken.

2. Überprüfung der Stelleneinreihung und Beförderungssaktion

Eine starke Belastung brachte die Überprüfung der Stelleneinreihung, für die das Personalamt zahlreiche Vorarbeiten zu leisten hatte. Die Überprüfung erfolgte zunächst im Rahmen einer kleinen Expertenkommission und gestützt auf die Organisationsschemata und Stellenbilder der verschiedenen Verwaltungsabteilungen.

Als Hilfsmittel für die Stellenbewertung diente ein Punktsystem. Die Erfahrung hat die Brauchbarkeit des gewählten Vorgehens bestätigt. Spezielle Unter-

lagen wurden für die Überprüfung der Einreihung der Amtsbezirke beschafft.

Der vom Grossen Rat gutgeheissene neue Anhang zum Besoldungsdekret brachte im Vergleich zum Anhang des Jahres 1946 die Höhereinreihung verschiedener Stellen und vor allem die vermehrte Möglichkeit, die gleiche Stelle in verschiedene Besoldungsklassen einzureihen.

Die Zahl der auf Jahresende eingegangenen Beförderungsanträge und -gesuche zeigte, dass die Höhereinreihungen und Beförderungsmöglichkeiten auf 1. Januar 1949 weit überschätzt wurden. Daraus ergab sich die nicht leichte und notwendigerweise undankbare Aufgabe, diejenigen Anträge auszuselektieren, die für eine Beförderung auf 1. Januar 1949 nicht berücksichtigt werden konnten.

3. Teuerungszulage

Ein im April des Jahres eingereichtes Begehren der Personalverbände um eine zusätzliche Teuerungszulage gab Anlass zu einer neuerlichen Überprüfung des bisher vom Staatspersonal erzielten Teuerungsausgleiches. Zu der am 16. September 1947 vom Grossen Rat für 1948 beschlossenen Teuerungszulage von 26 % der Grundbesoldung (mit Minimalverbesserungen gegenüber 1947) gewährte der Grosse Rat durch Dekret vom 13. September 1948 eine zusätzliche Teuerungszulage von 6 % der pro Jahr berechneten Grundbesoldung, mindestens aber Fr. 360 für verheiratetes männliches Personal sowie für lediges Personal mit Unterstützungspflicht.

4. Personalkommission

Die Personalkommission trat dreimal zusammen. Die Sitzungen dienten vor allem der Orientierung der Personalvertreter über Stand und Vorgehen der Stellenüberprüfung. Wiederholte Traktanden betrafen ausserdem die Arbeitszeit und die für das Staatspersonal geplante obligatorische Kranken- und Unfallversicherung.

5. Durchleuchtung des Staatspersonals

Die durch den Regierungsrat im Jahre 1947 beschlossene Durchleuchtung des Staatspersonals war im Berichtsjahr in der Hauptsache durchgeführt. Leider hat die medizinische Poliklinik wegen andauernder Überlastung die ihr zugewiesenen Personen immer noch nicht untersuchen können.

Die Aktion fand nicht überall Verständnis, da sie zum Teil als unliebsamer Eingriff in die persönliche Sphäre empfunden wurde.

Von den grösstenteils mit Schirmbildaufnahmen untersuchten 4549 Personen war das Ergebnis nach den Mitteilungen der beauftragten Institute in 3826 Fällen normal, in 486 Fällen belanglos und in 237 Fällen krankhaft oder verdächtig. Das Resultat der Abklärungsuntersuchungen dieser 237 krankhaften Befunde steht zum Teil noch aus. Doch steht bereits fest, dass in verschiedenen Fällen Tb-Erkrankungen rechtzeitig festgestellt und durch verhältnismässig kurze Kuren geheilt werden konnten.

6. Personalbestand der Staatsverwaltung

Die verschiedenen Direktionen beschäftigten auf Jahresende:

	Beschäftigte (inkl. Aushilfen)			In Vollbeschäftigte umgerechn.
	Männer	Frauen	Zusammen	
Staatskanzlei.	31	4	35	34
Volkswirtschaft.	195	73	268	248
Justiz.	508	72	580	577
Polizei.	677	88	765	764
Finanz.	396	74	470	462
Erziehung.	473	150	623	508
Kirchen.	402	1	403	401
Bau- und Eisenbahn	603	16	619	597
Forst.	287	8	295	124
Landwirtschaft.	158	83	241	240
Militär.	197	16	213	212
Fürsorge.	116	82	198	196
Gemeinde.	9	3	12	11
Sanität.	559	540	1099	1098
Total	4611	1210	5821	5472

Ein Vergleich mit den im letztjährigen Verwaltungsbericht veröffentlichten Ergebnissen der Personalerhebung vom 1. Juli 1947 zeigt eine Vermehrung um insgesamt mehr als 200 Personen. Diese Vermehrung ist zum grösseren Teil darauf zurückzuführen, dass in der vorliegenden Zusammenstellung Personal mitgezählt wurde, das wegen besonderer Entlohnungsart von der Erhebung des Jahres 1947 nicht erfasst wurde. Es betrifft dies z. B. die Hilfswegmeister der Baudirektion, die von verschiedenen Pflegerinnen-schulen den Spitälern gegen eine Pauschalentschädigung zur Verfügung gestellten Krankenschwestern, ferner verschiedenes in den Hochschulinstituten beschäftigtes Aushilfspersonal. Es liegen aber auch Personalvermehrungen vor, die sich zur Hauptsache aus folgenden Gründen ergaben: Übernahme des Haushaltungslehre-rinnenseminars durch den Staat, Vermehrung von Assistenten-, Dozenten- und Hilfslehrerstellen, Schaffung neuer Pfarrstellen, ferner Vermehrung des Pflegepersonals.

VI. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. *Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkraften.* Trotz grosser Anstrengung gelang es leider nicht, die amtliche Bewertung im Berichtsjahr in sämtlichen Gemeinden vollständig abzuschliessen; auf Jahresende waren 380 Gemeinden fertig bewertet, und in den übrigen war die Bewertung teilweise durchgeführt. Den Steuerpflichtigen eröffnet wurden die neuen amtlichen Werte in 233 Gemeinden. Rekurse sind bis Jahresende 1415 (ca. 3 %) eingelangt, von denen rund zwei Drittel auf Herabsetzung und ein Drittel auf Erhöhung des amtlichen Wertes lauteten. Die Steuerverwaltung hat ihrerseits in 98 Fällen Staatsrekurs erhoben. — Auf Ende 1949 wird über die Durchführung der ganzen amtlichen Bewertung ein umfassender Bericht vorgelegt werden.

2. *Die Abteilung für Steuererlassgesuche* verzeichnete auf Anfang des Jahres einen Rückstand von 2098 Gesuchen. Im Jahre 1948 liefen 16 104 (10 792) neue Gesuche ein, und zwar: 5191 für die eidgenössische Wehrsteuer und das Wehropfer und 10 913 für die Staatssteuern, wovon 5162 Gesuche den Kreis Bern-Stadt und 5751 Gesuche den ganzen übrigen Kanton betreffen. Von den total 18 202 (14 792) Gesuchen konnten im Berichtsjahr 13 405 (12 694) erledigt werden, so dass ein Rückstand von 4797 (2098) übrigblieb. Für die Steuerjahre 1943 bis 1948 wurde insgesamt ein Betrag von Fr. 394 166.70 (Fr. 292 450.45) an Staatssteuern erlassen. Ausser den Erlassgesuchen wurde noch eine grosse Zahl von Stundungsgesuchen und anderen Eingaben behandelt. Der Mehreingang an Gesuchen rührte zur Hauptsache vom Regierungsratsbeschluss betref-

fend «Kleinrentner» und vom Abbau der kriegswirtschaftlichen Betriebe beim Bund und Kanton her.

3. *Meldungen für die AHV.* Die Meldungen für die AHV über das Einkommen selbständig Erwerbender und nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger (Art. 9, Abs. 4, des BG.) brachten der Steuerverwaltung neuerdings eine sehr grosse und dauernde Mehrarbeit. Die Meldungen müssen ab 1948 jedes zweite Jahr der Veranlagungsperiode erstellt werden. In der IV. Wehrsteuerperiode haben unsere Veranlagungsbehörden rund 90 000 Meldungen für über 100 Ausgleichskassen erstellen müssen. Dazu kommen noch ca. 3000 Vernehmlassungen zuhanden der Kassen oder der Gerichte (bernisches Verwaltungsgericht und eidgenössisches Versicherungsgericht). Jede Veranlagungsbehörde benötigte während rund 3 Monaten 6 Mann zur Bewältigung der Mehrarbeit. Ein Angestellter ist zudem das ganze Jahr vollbeschäftigt, um die Vernehmlassungen und Korrespondenzen zu erledigen. Pro Meldefall vergüten die Ausgleichskassen unserer Verwaltung Fr. 2.

4. *Steuergesetzrevision.* Für die Teilrevision des Steuergesetzes besorgte die Steuerverwaltung die Vorarbeiten und die rechnerischen Zusammenstellungen.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Für den Steuerertrag 1948 bildet die Veranlagung 1947 die Grundlage; sie verändert sich nur durch Zuzug, Wegzug, Revisionen, Einsprachen, Rekurse, Beschwerden, Eliminationen und Steuererlass. Es zeigt sich im allgemeinen das gleiche Bild wie 1947: Zunahme der Einkommens- und merklicher Rückgang der Vermögenssteuer.

	Rechnung 1947	Budget 1948	Rechnung 1948	+ oder — gegenüber Rechnung 1947	+ oder — gegenüber Budget 1948
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	59 673 081	56 640 000	61 896 791	+ 2 223 710	+ 5 256 791
Vermögen . . .	10 290 698	12 000 000	11 082 639	+ 791 941	— 917 361
Total	69 963 779	68 640 000	72 979 430	+ 3 015 651	+ 4 339 430

Rechnet man zu dieser Hauptsteuer noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer sowie Nach- und Strafssteuern), so beläuft sich für 1948 die *gesamte Bruttosteuererhöhung auf Fr. 94 752 986*. Gegenüber den Bruttosteuerbeträgen des Voranschlages von Fr. 87 055 000 ergibt dies eine Mehreinnahme von Fr. 7 697 986, gegenüber der Rechnung 1947 jedoch nur von 2 570 884 Franken.

Die Kosten für *Verwaltung, Veranlagung und Bezug* 1948 belaufen sich auf Fr. 6 737 471 und bleiben mit

Fr. 131 900 unter dem Voranschlag. Neben den Besoldungen bilden die amtliche Bewertung mit Franken 1 204 994 und die Gemeinde-Inkassoprovision mit Fr. 2 281 631 (Fr. 2 112 102) die Hauptausgabeposten.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 7519 steuerpflichtigen juristischen Personen betrafen 2027 Aktiengesellschaften, 1955 Genossenschaften und 3537 übrige juristische Personen.

Neugründungen sind im Berichtsjahre 302 (297) erfolgt; liquidiert haben 140 (123) und fusioniert 1 (10) juristische Personen. Pro 1947/48 wurden 483 interkantonale Steuerteilungen vorgenommen.

1. Erwerbsgesellschaften und Genossenschaften

Gewinnsteuer (Reinertrag)	Fr. 12 118 048.65
Kapitalsteuer (Reinertrag)	» 3 385 745.35
Zusammen	Fr. 15 503 794.—
Voranschlag	» 13 400 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 2 103 794.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	» 69 582.60

2. Holdinggesellschaften

Holdingsteuer (Reinertrag)	Fr. 19 978.50
Voranschlag	» 15 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 4 978.50
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	» 244.—

3. Selbsthilfegenossenschaften

Ertragsteuer (Reinertrag)	Fr. 774 185.80
Vermögensteuer (Reinertrag)	» 432 617.10
Zusammen	Fr. 1 206 802.90
Voranschlag	» 1 200 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 6 802.90
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	» 27 546.95

4. Übrige juristische Personen

Einkommensteuer (Reinertrag) . .	Fr. 1 024 873.10
Vermögensteuer (Reinertrag) . . .	» 574 521.75
Zusammen	Fr. 1 599 394.85
Voranschlag	» 1 500 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 99 394.85
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	» 124 629.35

Der gesamte Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag belief sich auf Fr. 2 214 970.25, während gegenüber dem Vorjahr eine Mindereinnahme von Franken 82 837.70 eingetreten ist.

Auf Jahresende betrug das Vermögen der steuerfreien *Personalfürsorgestiftungen* Fr. 236 906 965.

Die Abteilung für juristische Personen hat in der Veranlagungsperiode 1947/48 im Veranlagungs- und Einspracheverfahren 1810 Bücheruntersuchungen vorgenommen und 270 Erlassgesuche behandelt.

D. Vermögensgewinnsteuer

Der *Reinertrag* der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 2 611 880.90, was gegenüber dem Voranschlag von Fr. 1 500 000 eine Mehreinnahme von Fr. 1 111 880.90 ausmacht und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 342 090.

Die Zahl der Veranlagungen ist mit 4963 gegenüber dem Vorjahr (5181) etwas zurückgegangen. Einsprachen waren vom Vorjahre 104 unerledigt, neu eingelangt sind 573; davon wurden 533 durch Einspracheentscheid erledigt, 84 gingen an die Rekurskommission und 60 blieben unerledigt. — Erlassgesuche sind 326 (383) eingelangt; übernommen wurden 68. Von den total 394 Gesuchen sind 362 erledigt worden, 32 sind noch hängig.

E. Nach- und Strafsteuern

Der *Reinertrag* beziffert sich auf Fr. 831 706 und ist damit um Fr. 31 706 höher als der Voranschlag. Gegenüber 1947 ist jedoch ein erheblicher Minderertrag von Fr. 704 017 festzustellen.

Behandelt wurden 3302 (3853) Fälle in bezug auf die kantonalen Steuern, die Wehropfer I und II sowie die eidgenössischen und kantonalen Wehrsteuern der Periode I—IV. Nach- und Strafsteuern mussten festgesetzt werden: für die Staatssteuern in 554 (458) Fällen, Wehropfer 527 (517), eidgenössische und kantonale Wehrsteuern 684 (598), total 1765 (1573) Fälle; alle übrigen Fälle wurden als richtig versteuert abgeschrieben.

Für die kantonalen Nachsteuern wurden 128 (153) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; ganz oder teilweise entsprochen wurde in 82 (120) Fällen, während 46 (33) abgewiesen wurden.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der *Reinertrag* beläuft sich auf Fr. 4 721 852.05, was gegenüber dem Voranschlag (der bereits auf der vom Volke nachher verworfenen Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer basierte) einen Mehrbetrag von Fr. 8852.05 und gegenüber dem Vorjahr jedoch von Fr. 267 088.65 ausmacht. An Gemeindeanteilen wurden Fr. 1 198 221.30 (Fr. 1 121 754.75) ausgerichtet. Die Verrechnung mit den Handänderungsabgaben (Art. 12 des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes) betrug Fr. 363 920.45 (Franken 285 844.40).

Abgabepflichtige Fälle wurden 2892 (2226) erledigt. Davon ergaben 66 (53) Fälle eine Steuer im Einzelfall von mehr als Fr. 15 000. Abgabefreie Fälle wurden 6097 (6081) behandelt.

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht sind 25 (18) geführt worden, vor Bundesgericht 2 (0). — An Rückerstattungsverfügungen wurden 219 (214) mit einer Abgabesumme von Fr. 153 703.65 (Franken 167 255.65) erledigt. — Gesuchsanträge wurden 228 (220) gestellt. — Bussenfälle gelangten 19 (17) zur Erledigung.

G. Kantonale Krisenabgabe und kantonale Wehrsteuer

1. Kantonale Krisenabgabe

Die ersten drei Perioden (1935—1940) waren bereits vollständig liquidiert.

IV. Periode (1941): Total Eingang bis 31. Dezember 1948 Fr. 4 321 733.17; Eingang im Jahre 1948 Franken 9991.40. Mit diesem Eingang ist auch die letzte Periode der kantonalen Krisenabgabe vollständig liquidiert.

2. Kantonale Wehrsteuer

I. Periode (1942): Total Eingang bis Ende 1948 Fr. 7 044 531.75; Eingang 1948 Fr. 22 035.45. Ausstand auf Ende 1948 Fr. 22 524.51.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis Ende 1948 Fr. 20 567 033.64; Eingang 1948 Fr. 303 274.74; Ausstand auf Ende 1948 Fr. 235 736.80.

H. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Krisenabgabe

Die ersten drei Perioden (1934—1939) sind vollständig liquidiert.

IV. Periode (1940): Total Eingang bis 31. Dezember 1948 Fr. 9 066 933.35; Anteil des Kantons (40 %) Fr. 3 626 773.34; Eingang im Jahre 1948 Fr. 1782.87. Mit diesem Eingang ist auch die IV. Periode vollständig liquidiert.

2. Eidgenössische Wehrsteuer

I. Periode (1941/42): Total Eingang bis 31. Dezember 1948 Fr. 31 636 549.52; Anteil des Kantons (32,5 %) Fr. 10 281 878.58; Eingang im Jahre 1948 Fr. 99 077.86; Ausstand auf Ende 1948 Fr. 130 850.84.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1948 Fr. 50 909 166.09; Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 272 749.86; Eingang im Jahre 1948 Franken 692 862.04; Ausstand auf Ende 1948 Fr. 178 457.27.

III. Periode (1945/46): Total Eingang bis 31. Dezember 1948 Fr. 50 875 732.43 (keine Vermögenssteuer inbegriffen, weil Wehropfer erhoben); Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 262 719.73; Eingang im Jahre 1948 Fr. 1 269 224.16; Ausstand auf Ende 1948 Franken 2 077 270.39.

IV. Periode (1947/48): Total Eingang im Jahre 1948 (für 1947 und 1948) Fr. 71 800 532.28 (für das Jahr 1947 wurde keine Vermögenssteuer erhoben, da noch die III. Rate des II. Wehropfers zu entrichten war); Anteil des Kantons (30 %) Fr. 21 540 159.69; Ausstand auf Ende 1948 Fr. 9 712 700.32.

3. Eidgenössisches Wehropfer

I. Wehropfer (1940—1942): Total Eingang bis 31. Dezember 1948 Fr. 93 027 526.69; Anteil des Kan-

tons (10 %) Fr. 9 302 752.63; Eingang im Jahre 1948 Fr. 183 442.81; Ausstand auf Ende 1948 Fr. 41 880.49.

II. Wehropfer (1945—1947): Total Eingang bis 31. Dezember 1948 Fr. 118 847 519.96; Anteil des Kantons (10 %) Fr. 11 884 752.02; Eingang im Jahre 1948 Fr. 1 943 735.51; Ausstand auf Ende 1948 Franken 698 139.25.

J. Eidg. Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Als Erleichterung für die Steuerpflichtigen wurden im Jahr 1948, gestützt auf die Verfügung Nr. 4 des eidg. Finanz- und Zolldepartements, erstmals ohne Antrag Verrechnungssteuerbeträge zurückerstattet. Insgesamt wurden 113 633 (130 241) Verrechnungssteuergutschriften mit einem totalen Verrechnungssteuerbetriffe von Fr. 12 644 759.30 erteilt, wovon Fr. 12 357 835.10 durch die Gemeinden (Verrechnung mit Staats- und Gemeindesteuern) und Fr. 286 924.20 direkt den Berechtigten zurückerstattet wurden.

b) Vorzeitiges Verrechnungsverfahren: Die vorzeitig behandelten Anträge auf Verrechnung oder Rückerstattung der im Jahr 1948 an der Quelle abgezogenen Verrechnungssteuer setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	566	Fr. 51 608.75
Lotteriegewinne . .	324	» 85 883.80
Härtefälle	8	» 817.10
Übrige.	29	» 34 155.35
Total	927 (558)	Fr. 172 465.—

c) Beschleunigtes Verrechnungsverfahren: Für in den Jahren 1945 bis 1947 abgezogene Verrechnungssteuerbeträge wurden insgesamt 940 (1900) Rückerstattungsanträge beschleunigt behandelt, und zwar:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	583	Fr. 294 035.75
Lotteriegewinne . .	244	» 117 597.80
Härtefälle	38	» 23 243.50
Übrige.	75	» 193 861.85
Total	940 (1900)	Fr. 628 738.90

d) Verrechnungssteuerkontrolle in den Gemeinden: Die vorgeschriebene Kontrolle über die richtige Verrechnung oder Rückerstattung der Verrechnungssteuerbeträge wurde in 261 (36) Gemeinden durchgeführt.

2. Wertschriftenbewertung

Es wurden 825 (2930) Steuerwerte von nicht kotierten Wertschriften ermittelt, nämlich 711 (1830) von Aktien und 114 (1100) von Anteilen bernischer Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften. In 508 Einsprache- und Beschwerdefällen mussten zu beanstandeten Bewertungen zuhanden der Steuerveranlagungsbehörden Vernehmlassungen ausgearbeitet werden.

K. Gemeindesteuerwesen

Verteilungspläne: Die Abteilung für das Gemeindesteuerwesen hatte 4902 (2867) Pläne für natürliche Personen und 376 (83) für juristische Personen zu erstellen. Einsprachen gegen diese Verteilungspläne sind 27 (26) eingelangt, von denen 3 (6) durch Beschwerdeentscheid des Verwaltungsgerichtes erledigt wurden.

Kantonaler Steuerausgleichsfonds: Es haben 228 Banken, Sparkassen und Raiffeisenkassen (inkl. deren

Filialen) Fr. 1 586 325.50 (Fr. 1 359 408.76) an den Ausgleichsfonds abgeliefert. Gesuche von Gemeinden um Beiträge sind 160 (159) eingegangen; davon erhielten 115 Gemeinden Beiträge, und zwar insgesamt Franken 627 811 (518 385). Um Beiträge aus dem *Sonderfonds* bewarben sich 20 Gemeinden; es wurden Fr. 29 200 ausbezahlt. — Auf Jahresende beziffert sich der Bestand des Ausgleichsfonds auf Fr. 2 353 938.96 und der des Sonderfonds auf Fr. 238 657.30. Die Verordnung des Regierungsrates über den Sonderfonds wurde am 12. März 1948 erlassen.

L. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag pro 1948	Rohrerträge pro 1948	Rohrerträge pro 1947
Stempelpapier.	Fr. 110 000.—	Fr. 146 624.45	Fr. 143 962.55
Stempelmarken	» 1 400 000.—	» 1 580 269.60	» 1 497 971.55
Spiellkartenstempel	» 40 000.—	» 62 848.50	» 48 330.—
<i>Total Rohrertrag</i>	Fr. 1 550 000.—	Fr. 1 789 742.55	Fr. 1 690 264.10

Hievon gehen ab:

Ausgaben für Papier und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezügler und Verwaltungskosten	» 142 252.—	» 158 771.—	» 134 376.29
<i>Reinertrag</i>	Fr. 1 407 748.—	Fr. 1 630 971.55	Fr. 1 555 887.81

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag Fr. 223 223.55

Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr Fr. 75 083.74

2. Eidgenössische Stempel- und Couponsteuer. Anteil des Kantons

	Reinertrag pro 1948	Reinertrag pro 1947
Anteil am Ertrag	Fr. 3 345 221.20	Fr. 3 331 216.—
Veranschlagt waren	» 2 850 000.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 495 221.20	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 14 005.20	

Die *eidgenössischen Stempelabgaben* haben dem Bund im Berichtsjahr einen Rohrertrag von rund Franken 98 750 000 eingebracht, gegenüber Fr. 98 314 000 im Vorjahr. Am Ergebnis partizipieren die Couponsteuern mit rund Fr. 55 600 000. Nach Abzug der Unkosten wurden 20 % an die Kantone verteilt, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung.

3. Kantonale Billetsteuer

	Voranschlag 1948	Rechnung 1948	Rechnung 1947
Rohrertrag	Fr. 500 000	Fr. 630 177.14	Fr. 541 403.31
Wovon abgehen:			
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft (s. Rubr. VI. G.) und Druckkosten	» 343 500	» 348 793.70	» 305 013.55
Reinertrag	Fr. 156 500	Fr. 281 383.44	Fr. 236 389.76
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 124 883.44
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr			Fr. 44 993.68

Am Rohrertrag sind die Stadt Bern mit rund Fr. 297 000 und Biel mit Fr. 100 000 beteiligt. — Die Mehreinnahmen sind u. a. auf die Zunahme der Kinobesuche zurückzuführen.

M. Gebühren

	Voranschlag pro 1948	Reinerträge pro 1948 pro 1947	
Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben	Fr. 3 500 000.—	Fr. 3 785 489.88	Fr. 3 758 527.75
Fixe Gebühren der Amtsschreiber	» 350 000.—	» 427 375.—	» 368 395.—
Gebühren der Regierungsstatthalterämter	» 480 000.—	» 565 720.20	» 521 821.95
Gebühren der Gerichtsschreibereien	» 220 000.—	» 322 458.30	» 283 970.18
Gebühren der Betreibungs- und Konkursämter	» 600 000.—	» 1 043 407.15	» 731 018.60
Staatskanzlei	» 140 000.—	» 204 945.65	» 142 230.05
Obergericht	» 45 000.—	» 67 950.—	» 44 710.—
Verwaltungsgericht	» 4 000.—	» 8 170.—	» 4 500.—
Handelsgericht	» 8 000.—	» 22 600.—	» 14 690.—
Anwaltskammer	» 500.—	» 1 415.—	» 820.—
Versicherungsgericht	» 500.—	» 1 100.—	» 750.—
Polizeidirektion	» 600 000.—	» 1 010 388.—	» 786 185.—
Markt- und Hausierpatente	» 140 000.—	» 158 692.50	» 152 705.50
Patenttaxen der Handelsreisenden	» 200 000.—	» 288 266.40	» 269 217.—
Gebühren für Radfahrerbewilligungen	» 500 000.—	» 540 151.75	» 535 982.35
Anteil an den Autogebühren	» 300 000.—	» 394 145.56	» 273 079.65
Gebühren der Lichtspielkontrolle	» 20 000.—	» 24 250.—	» 22 400.—
Gewerbescheingebühren	» 25 000.—	» 34 610.—	» 28 872.70
Handels- und Gewerbekammer	» 50 000.—	» 63 180.—	» 63 500.—
Gebühren von Ausverkäufen	» 2 000.—	» 40 501.41	» 9 904.15
Gebühren der Liegenschaftsvermittler	» 100.—	» 133.30	» 422.50
Gebühren aus Weinhandelsbewilligungen	» 100.—	» 832.—	» 546.—
Finanzdirektion	» 100.—	» 410.—	» 630.—
Rekurskommission	» 30 000.—	» 17 765.40	» 15 023.—
Konzessionsgebühren	» 2 000.—	» 1 969.25	» 2 023.78
Sanitätsdirektion	» 5 000.—	» 7 630.—	» 8 980.—
	Fr. 7 222 300.—	Fr. 9 033 556.75	Fr. 8 040 905.16
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 1 811 256.75
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr			Fr. 992 651.59

Die Aufstellung zeigt, dass am günstigen Ergebnis alle Rubriken mit einer Ausnahme beteiligt sind.

Hauptursache der erhöhten Einnahmen der Betreibungs- und Konkursämter ist der auf 1. Mai 1948 in Kraft getretene neue Gebührentarif für Zahlungsbefehle. Im Berichtsjahr sind deren 144 021 (139 925) ergangen.

VII. Statistisches Bureau

Im Laufe des Berichtsjahres hat sich das Statistische Bureau u. a. mit folgenden Arbeiten befasst:

1. Schätzung des Bevölkerungsstandes. Auf Grund der Zählung der schulpflichtigen Kinder und der Zahl der Stimmberechtigten wurde der Bevölkerungsstand errechnet.

Nach diesen Berechnungen betrug der Bestand an:

Jahr	Personen bis und mit dem 17. Altersjahr	Personen von 18 und mehr Jahren	Gesamtbevölkerung
1926	223 700	452 700	676 400
1930 ¹⁾ . . .	217 195	471 579	688 774
1935	214 900	509 300	724 200
1940	200 700	526 000	726 700
1941 ¹⁾ . . .	197 904	531 012	728 916
1945	198 100	558 700	756 800
1946	198 400	563 000	761 400
1947	204 800	581 200	786 000
1948	210 800	582 500	793 300

¹⁾ Zählung.

Die starke Zunahme der Bevölkerung des letzten Jahres, welche zum Teil eine Folge der Zuwanderungen war, hat sich verflacht. Zwar zeigt der Bestand an Jugendlichen annähernd die gleiche Zuwachsrates wie im Vorjahr. Dagegen weist die im erwerbsfähigen Alter stehende Bevölkerungsmasse nur noch eine kleine Vermehrung auf. Die Gesamtzunahme im Bevölkerungsstand bleibt hinter dem Geburtenüberschuss etwas

zurück. Es zeichnet sich wiederum ein leichter Wanderungsverlust ab.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung lieferte folgende Ergebnisse:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo
1927—1930 .	49 042	31 551	17 491	— 5 117
1931—1935 .	57 361	39 129	18 232	17 194
1936—1940 .	54 612	39 836	14 776	— 12 276
1941	12 587	7 937	4 650	— 2 434
1942	13 950	7 736	6 214	1 470
1943	14 591	7 805	6 786	14
1944	15 466	8 613	6 853	— 253
1945	16 020	8 514	7 506	— 706
1946	16 331	8 291	8 040	— 3 691
1947	16 153	8 587	7 566	17 034
1948	15 980	8 279	7 701	— 401

2. Die Erhebung über den Beschäftigungsgrad ist weitergeführt worden. An der Berichterstattung im Baugewerbe wirken über 100, in der Industrie rund 380 Firmen mit, die gegen 50 % des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen. Die Berichterhalter verteilen sich auf alle Zweige und Landesteile. Für die Berechnung eines Durchschnittes werden die Angaben nach der Bedeutung der einzelnen Zweige für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt, so dass das Gesamtergebnis als repräsentativ angesprochen werden kann. Für die Indexberechnung ist der Jahresdurchschnitt 1944 = 100 gesetzt. Danach betrug der Beschäftigungsstand je auf Ende des Quartals:

Betriebszweige	Gewichtung	1948				1949
		Quartale				I. Quartal
		I	II	III	IV	
Textilindustrie	6	145	141	137	136	135
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	133	135	137	134	130
Nahrung, Genussmittel	12	111	112	113	119	102
Chemische Industrie	2	132	138	128	120	120
Papier, Leder, Kautschuk	3	120	120	119	118	116
Graphisches Gewerbe	5	132	139	141	140	139
Holzbearbeitung	9	128	129	130	122	121
Maschinen, Apparate, Metalle	21	153	155	153	151	147
Uhren, Bijouterie	15	121	118	115	113	111
Steine und Erden	3	94	96	99	97	94
Alle Industrien, gewogen	85	131,1	131,9	131,2	129,4	124,8
Baugewerbe	15	148	175	174	118	128
gewogener Gesamtindex	100	133,6	138,3	137,6	127,7	125,3
» » 1947	128,5	133,7	137,9	130,2	
» » 1946	115,6	121,9	127,9	128,0	
» » 1945	102,4	110,2	112,4	113,1	
» » 1944	101,2	100,2	94,2	104,4	

Die Beschäftigungsintensität hat im Jahre 1948 ihren Höchststand erreicht und überschritten. Während das 3. Quartal dem Stand des Vorjahres ziemlich genau entsprach, wies das 4. im Vergleich zu 1947 eine Abschwächung auf. Das erste Quartal 1949 zeigt, mit Ausnahme des graphischen Gewerbes, eine Abschwächung.

3. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe öffentlich-rechtlicher Unternehmungen wurde weitergeführt. Nachstehend lassen wir die Hauptergebnisse der Betriebe des bernischen Staates folgen:

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha Total	davon Wald
1929/30 . .	19	2424	84
1931/35 . .	19	2472	88
1936/40 . .	19	2520	96
1941/45 . .	19	2577	134
1946 . . .	19	2610	157
1947 . . .	20	2661	148
1948 . . .	20	2659	148

Die Zahl der erfassten Betriebe ist gleich geblieben wie im Vorjahr. Die Kulturfläche erlitt infolge Reduktion von zugepachtetem Land eine unbedeutende Verminderung.

b) Erträge, Aufwand und «Überschuss»

Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss“ Fr.
<i>aa) absolut:</i>			
1929/30.	2 849 703	1 995 447	854 256
1931/35.	2 338 911	1 945 259	393 652
1936/40.	2 639 123	1 966 090	673 033

Die einzelnen Betriebszweige lieferten folgende Endroherträge:

Jahr	Rindviehhaltung Tiere Fr.	Milch Fr.	Schweine- haltung Fr.	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) Fr.	Landwirt- schaftliche Produkte Fr.	Ver- schiedenes Fr.
<i>aa) absolut:</i>						
1929/30	372 051	627 924	500 349	49 226	1 141 242	158 911
1931/35	194 971	593 960	314 893	50 579	1 015 346	169 162
1936/40	327 217	563 999	339 814	78 411	1 172 142	157 540
1941/45	514 628	683 250	474 529	192 303	2 539 399	51 365
1946	531 796	770 587	646 133	204 894	2 455 230	59 707
1947	628 726	814 843	694 898	206 061	2 403 728	57 374
1948	640 209	914 791	874 911	190 970	2 145 092	55 113
<i>bb) je Hektar Kulturfläche:</i>						
1929/30	154	259	206	20	471	66
1931/35	79	240	127	21	411	68
1936/40	130	224	135	31	465	62
1941/45	200	265	184	75	985	20
1946	204	295	248	79	941	23
1947	236	306	261	78	903	22
1948	241	344	329	72	807	21

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss“ Fr.
1941/45.	4 455 474	2 461 542	1 993 932
1946 . .	4 668 347	2 929 182	1 739 165
1947 . .	4 805 630	3 449 726	1 355 904
1948 . .	4 821 086	3 509 132	1 311 954

bb) je Hektar Kulturfläche:

1929/30.	1176	823	353
1931/35.	946	787	159
1936/40.	1047	780	267
1941/45.	1729	955	774
1946 . .	1789	1122	666
1947 . .	1806	1297	509
1948 . .	1814	1320	494

Der Geldrohertrag ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 8 per Hektar gestiegen. Diese Erhöhung ist weniger den Ernteverhältnissen als den Preiserhöhungen zuzuschreiben.

Gleichzeitig setzte eine Aufwandsteigerung ein von Fr. 23 pro Hektar, so dass der Überschuss gegenüber dem Vorjahr um weitere Fr. 15 gesunken ist und damit auf ein Niveau, das vor dem Jahre 1941 vorlag, zurückging. Dabei ist zu beachten, dass der Aufwand für die bezahlten Arbeitskräfte nicht vollständig der Betriebsrechnung zu Lasten geschrieben wurde, indem die im Jahre 1948 bezahlten Teuerungszulagen (32 % der Grundbarbesoldung) über ein Sonderkonto der Staatsrechnung verbucht wurden. Der wirkliche Betriebsüberschuss ist dementsprechend um den Betrag der Teuerungszulagen kleiner, als er in der vorstehenden Aufstellung ausgewiesen ist.

In der Entwicklung der *Endroherträge* der einzelnen Betriebszweige zeichnet sich eine fühlbare Umstellung ab. Die Erträge der Tierhaltung sind im allgemeinen kräftig erhöht worden, während der Pflanzenbau für den Markt erhebliche Mindereinnahmen ergab. Besonders augenfällig ist der Zuwachs der Endroherträge aus der Schweinehaltung, aber auch die Milchproduktion weist erhöhte Gelderträge auf; dagegen sind die Einnahmen aus der Pferdezücht gewichen.

Der *sachliche Aufwand* wurde auch im Jahre 1948 durch starke Futtermittelzukäufe belastet; für Düngemittel ist einer höherer Aufwand zu verzeichnen, und die Kosten für Maschinen und Geräte hielten sich auf dem hohen Stand des Vorjahres. Dagegen kamen die Betriebe mit kleinerem Aufwand für Sämereien und Ge-

bäudeunterhalt durch. Bei der näheren Prüfung der Ausgaben für den sachlichen Aufwand erhält man die Überzeugung, dass gespart wurde.

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge pro Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäude- unterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Dünge- mittel Fr.	Sämereien Fr.	Futter- mittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
aa) absolut:							
1929/30	354 485	34 035	194 747	121 476	72 017	351 048	249 012
1931/35	360 280	23 812	166 084	91 879	68 395	329 219	245 457
1936/40	365 514	17 645	141 942	95 187	100 919	365 403	243 390
1941/45	384 689	45 366	286 128	164 194	175 290	356 720	237 244
1946	370 351	99 634	359 011	203 028	286 273	425 634	257 039
1947	380 395	62 253	414 257	225 900	259 866	603 678	305 658
1948	392 885	54 578	408 193	255 946	167 010	544 801	285 774
bb) je Hektar Kulturfläche:							
1929/30	146	14	81	50	30	144	103
1931/35	146	10	67	37	28	133	99
1936/40	145	7	56	38	40	145	97
1941/45	149	18	111	64	68	138	92
1946	142	38	138	78	110	163	98
1947	143	23	156	85	98	227	115
1948	148	20	154	96	63	205	108

c) *Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung.* Den besten Einblick in die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft bietet die Veränderung des volkswirtschaftlichen Einkommens (Netto-Rohertrag). Dieses ist der Betrag, der aus dem Landwirtschaftsertrag als Entgelt für die aufgewendete bezahlte und unbezahlte Arbeit, für das festgelegte eigene und fremde Kapital und für Steuerleistungen zur Verfügung steht. Das volkswirtschaftliche Einkommen ist auch jene Grösse, die nicht nur im Kanton Bern, sondern in verschiedenen andern Kantonen als Grundlage für die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens herangezogen wird. Es ist auch am besten geeignet, Vergleiche zwischen den Ergebnissen der verschiedenen Anstalten zu ziehen, weil es den störenden Einfluss der verschiedenartigen Arbeitsverfassung der einzelnen Betriebe beseitigt. Der Umstand, dass die vom Staate gewährten Teuerungszulagen die Gutsrechnungen nicht belasten, hat auf die Höhe des volkswirtschaftlichen Einkommens keinen Einfluss.

Der Netto-Rohertrag ist auch jene Grösse, die am besten einen Vergleich mit den Ergebnissen der Rentabilitätshebungen des schweizerischen Bauernsekretariates ermöglicht.

In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirt- schaftliches Einkommen Fr.
aa) absolut:			
1929/30.	618 627	1 208 741	1 827 368
1931/35.	660 133	753 932	1 414 065
1936/40.	636 090	1 038 547	1 674 637
1941/45.	811 913	2 378 620	3 190 533
1946 . .	928 212	2 109 516	3 037 728
1947 . .	1 197 719	1 736 299	2 934 018
1948 . .	1 399 945	1 715 208	3 115 153
bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30.	255	499	754
1931/35.	267	305	572
1936/40.	252	412	664
1941/45.	315	922	1237
1946 . .	356	808	1164
1947 . .	450	652	1102
1948 . .	526	646	1172

Die Arbeitskosten sind weiterhin gestiegen und doppelt so hoch wie in der Vorkriegszeit, obwohl die Teuerungszulagen nicht in die Arbeitskosten eingerechnet sind. Der für den Staat verbliebene Ertrag für

das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für die unbezahlte Arbeit entspricht demjenigen, den man in der Betriebsrechnung unter dem Begriff landwirtschaftliches Einkommen der Unternehmerfamilie bezeichnet. Dieser Betrag ist weiterhin gesunken und ist nur noch mit einem Viertel höher als in der Periode 1929/30 und rund 50 % höher als in der Periode 1936 bis 1940. Dabei ist auch hier zu beachten, dass wegen der besonderen Behandlung der Teuerungszulagen der dahierige Betrag dem Unternehmereinkommen zugezählt ist.

Das volkswirtschaftliche Einkommen oder der Netto-Rohertrag hat gegenüber dem Vorjahr eine Aufbesserung um Fr. 70 per Hektar oder um rund 6½ % erfahren und übersteigt damit das Ergebnis vom Jahre 1946 noch um eine Kleinigkeit.

Das volkswirtschaftliche Einkommen betrug je ha Kulturfläche in den Gutsbetrieben:

	1945 Fr.	1946 Fr.	1947 Fr.	1948 Fr.
der landw. Schulen .	1246	1092	1060	1307
der Strafanstalten .	1320	1174	1086	1117
der Heil- und Pflege- anstalten	1274	1190	1151	1293
der Erziehungsanstal- ten	1315	1086	1162	1087
Durchschnitt sämtli- cher Betriebe . .	1302	1164	1102	1172

Obwohl die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe						
	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948
Bis 600	2	—	1	—	2	2	2
601—900	2	6	4	6	6	4	6
901—1200	8	3	3	4	3	6	3
1201—1500	4	6	5	3	6	7	4
1501—1800	2	2	4	5	2	—	3
Über 1800	1	2	2	1	—	1	2
Total	19	19	19	19	19	20	20

d) *Veränderung der Inventarbestände.* Das «Pächterkapital» in den 20 Staatsbetrieben weist am Ende des Rechnungsjahres gegenüber der Eingangsinventur eine Wertvermehrung von Fr. 136 148 auf. Insbesondere zeigt das Inventar des Maschinenparks neuerdings eine starke Werterhöhung; aber auch die Vorräte an landwirtschaftlichen Produkten weisen eine Zunahme auf. Im Viehbestand ist besonders die Steigerung des Kuhbestandes um 64 Stück oder rund 6½ % mit entsprechender Werterhöhung augenfällig. Der Pferdebestand zeigt zwar zahlenmässig eine Zunahme, dagegen wertmässig eine Verminderung.

Die Bestände waren in den Bilanzen mit folgenden Werten aufgenommen:

	Am 1. Januar 1948		Am 31. Dezember 1948	
	Stück	Fr.	Stück	Fr.
Tierbestände: Rindvieh				
Kühe	979	721 410	1043	773 095
Rinder	807	353 260	764	345 860
Kälber und Jungvieh bis 1 Jahr alt	297	40 950	350	43 475
Ochsen	283	99 930	292	96 710
Zuchtstiere	40	49 000	35	44 950
Total Rindvieh	2406	1 264 550	2484	1 304 090
Pferde	314	316 495	324	303 035
Schweine	2257	235 092	2181	231 418
Kleinvieh, Geflügel und Bienen		45 800		47 303
Total Tierbestände		1 861 937		1 885 846
Maschinen und Geräte		733 042		789 902
Vorräte an zugekauftem Saatgut		20 467		12 262
» » » Dünger		26 499		26 045
» » zugekauften Futtermitteln		101 890		109 623
» » landwirtschaftlichen Produkten		704 637		762 650
Verschiedenes		21 009		19 301
		3 469 481		3 605 629

Der im Betriebskapital festgelegte Buchwert zeigt per Ende Dezember 1948 den höchsten bisher festgestellten Bestand. Seit dem Jahre 1941 nahm er folgende Entwicklung:

Bestand am 31. Dez. 1941 (19 Betriebe)	Fr. 3 154 806
Bestand am 31. Dez. 1942 (19 Betriebe)	» 3 250 189
Bestand am 31. Dez. 1943 (19 Betriebe)	» 3 338 935
Bestand am 31. Dez. 1944 (19 Betriebe)	» 3 365 595
Bestand am 31. Dez. 1945 (19 Betriebe)	» 3 304 892
Bestand am 31. Dez. 1946 (19 Betriebe)	» 3 397 081
Bestand am 1. Jan. 1947 (20 Betriebe)	» 3 422 078
Bestand am 31. Dez. 1947 (20 Betriebe)	» 3 469 481
Bestand am 31. Dez. 1948 (20 Betriebe)	» 3 605 629

4. Die Statistik der Steuern und der Steuerkraft der Gemeinden wurde weitergeführt. Die Ergebnisse über die Ermittlung der Steuerkraft und Steuerbelastung der bernischen Gemeinden im Steuerjahr 1946 wurde vervielfältigt und als Heft den Verwaltungsabteilungen abgegeben.

5. Für die Revision des Steuergesetzes sind auf Grund einer repräsentativen Erhebung Berechnungen über die Auswirkung der Steuergesetz-Novelle auf den Steuerertrag des Staates und die Gemeinden gemacht worden. Der Bericht wurde vervielfältigt und in Heftform den Interessenten zur Verfügung gehalten.

Die für diese Untersuchung erhobenen Materialien sind statistisch weiterverarbeitet worden. Die Ergebnisse werden in einer Publikation veröffentlicht. Sie liefern für allgemeine Beurteilungen der Struktur der Einkommens- und Vermögenslage von natürlichen Personen wertvolle Einblicke.

6. Begutachtung für Beihilfeordnung und Rekursfälle der Beitragsleistung für die AHV. Im Berichtsjahr wurden 601 Mutationen entschieden und 965 Beihilfegesuche für Gebirgsbauern beurteilt. Ferner wurde eine grössere Zahl von Herabsetzungsgesuchen für Beitragsleistung an die AHV begutachtet.

7. Viehzählung. Am 21. April 1948 wurde eine allgemeine Zählung der Pferde, des Rindviehs und der Schweine durchgeführt. Die Organisation der Erfassung der Bestände sowie die Überprüfung und Zusammenstellung der Ergebnisse erfolgte durch unsere Amtsstelle.

8. Erhebung über Wohnungsbedarf und Wohnungsproduktion. Die seit dem Jahre 1945 jährlich auf den 25. März durchgeführte Erhebung ist weitergeführt worden, und sie wurde am 25. März 1949 wiederholt. Aus den Ergebnissen ist die Entwicklung des Wohnbaues und der Bedarfsdeckung zu erkennen.

Für den ganzen Kanton wurden gemeldet:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	In Bau befindliche Wohnungen	Je auf Ende März leerstehende Total	Wohnungen davon bereits vermietet
1945 . . .	2638	1310	326	105
1946 . . .	3344	.	.	.
1947 . . .	4042	3225	236	96
1948 ¹⁾ . .	4550	3546	275	123
Jan./März 1949 ¹⁾ . .	583	2097	316	104

¹⁾ Bei Abschluss des Berichtes fehlen noch die Angaben der folgenden 42 Gemeinden: Schüpfen, Madiswil, Dotzigen, Rütli-Alchenflüh, Roggenburg, Urtenen, Wyler b. U., Lauter-

Die Wohnungsproduktion war im Jahre 1948 grösser als in den früheren Jahren. Die 42 Gemeinden, von denen die Berichte noch ausstehen, wiesen für das Jahr 1947 eine Produktion von 312 Wohnungen auf. Man darf wohl annehmen, dass in diesen Gemeinden im Jahre 1948 mindestens eine ebenso grosse Wohnungsproduktion zu verzeichnen ist. Unter Einschluss dieser Gemeinden resultiert demnach eine Gesamtwohnungsproduktion im Jahre 1948 von rund 4850 Einheiten.

Die Wohnungsproduktion ist im ersten Quartal 1949 erheblich zurückgesunken. Zwar ist noch eine verhältnismässig hohe Zahl fertiggestellter Wohnungen gemeldet worden. Der Produktionsrückfall betrifft namentlich die Gruppe der im Bau befindlichen Wohnungen. Im ersten Quartal 1948 wurden in allen Gemeinden des Kantons 683 Wohnungen fertiggestellt, und 3546 befanden sich im Bau. Wenn man für die Gemeinden, für die die Berichte für das erste Quartal 1949 ausstehen, die Ziffern des Jahres 1948 einsetzt, gelangt man zu folgenden Produktionsziffern:

fertiggestellte Wohnungen: 654 (Vorjahr 683);
im Bau befindliche Wohnungen: 2237 (Vorjahr 3546).

Der Zuwachsbedarf an Wohnungen ist nach wie vor gross. Er verläuft im wesentlichen proportionell der Zahl der Ehen. Der Bedarf an Wohnungen ist jedoch grösser als der Bestand an Ehen. Es ist zu beachten, dass auch Verwitwete und Geschiedene, in Einzelfällen auch Ledige, Wohnungen beanspruchen. Erfahrungsgemäss hat man auf 100 Ehen mit einem Bedarf von 125 Wohnungen zu rechnen.

Die Vermehrung der Ehen, der Zuwachsbedarf an Wohnungen und die Wohnungsproduktion nahmen folgende Entwicklung:

Jahr	Vermehrung der Ehen	Zunahme des Wohnungsbedarfes	Wohnungsproduktion
1945	2 560	3 200	2 638
1946	3 040	3 800	3 344
1947	3 060	3 825	4 042
1948	2 860	3 575	4 850
Total 1945—1948. .	11 520	14 400	14 874

Trotz der gewaltigen Produktion des Jahres 1948 ist durch den Wohnbau 1945—1948 nicht wesentlich mehr als der Zuwachsbedarf gedeckt worden. Nur eine bescheidene Quote von ca. 500 Wohnungen wurde zur Verfügung gestellt, um den aufgestauten Bedarf herabzumindern oder als Ersatz für stillgelegte oder eingegangene Wohnungen zu dienen.

Der errechnete Zuwachsbedarf für die Jahre 1945 bis 1948 mit 14 400 Wohnungen oder im Durchschnitt

brunnen, Mirschel, Laupen, Bühl, Ipsach, Hasleberg, Schattenhalp, Lauenen, Guggisberg, Wahlen, Rüeggisberg, St. Stephan, Hilterfingen, Längenbühl, Oberhofen, Pohlern, Sigriswil, Wachseidorn, Attiswil, Sonceboz-Sombeval, Tramelan-dessous, Rebévelier, Verres, Le Bémont, Goumois, Noirmont, Court, Mervelier, Moutier, Chevenez, Courgenay, Fahy, Ocourt, Porrentruy, Vendlincourt.

Diese 42 Gemeinden meldeten im Vorjahr (Ende März 1948) im Jahre 1947 neuerstellte Wohnungen 312
in den Monaten Januar bis März 1948 neuerstellte Wohnungen 71
im Bau befindliche Wohnungen 140
leerstehende Wohnungen 23
davon bereits vermietet 6

pro Jahr mit 3600 Einheiten ist erheblich grösser als in den zurückliegenden Dezennien. In der Zeit von 1930 bis 1941 war ein jährlicher Zuwachsbedarf von 2200 Wohnungen festzustellen, wozu noch ein Ersatzbedarf für die Ausserbetriebsetzung von Wohnungen kam. Die Normalproduktion hat in jener Zeit jährlich ca. 2400 bis 2800 Wohnungen betragen.

9. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1944 Fr.	1945 Fr.	1946 Fr.
Barleistungen . . .	7 130 057	8 221 821	13 925 354
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk) . . .	454 048	472 109	455 232
Total Bruttoaufwand	7 584 105	8 693 930	14 380 586

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1944 Fr.	1945 Fr.	1946 Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . . .	142 173	247 208	359 644
Beiträge von andern Gemeinden . . .	28 433	25 208	57 140
Beiträge von Privaten	268 724	139 254	218 644
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen .	7 144 775	8 282 260	13 745 158
Total wie oben . .	7 584 105	8 693 930	14 380 586

Der zu Lasten der Gemeinde fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

Jahr	Absolut	Je Kopf der Wohnbevölkerung
1928—1932	Fr. 10 035 440 =	Fr. 14.51
1933—1937	» 8 293 673 =	» 11.48
1938—1942	» 6 649 219 =	» 9.11
1943	» 6 867 493 =	» 9.24
1944	» 7 144 775 =	» 9.53
1945	» 8 282 260 =	» 10.94
1946	» 13 745 158 =	» 18.05

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons zuzuzählen.

Nach Ämtern geordnet betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) für die Jahre 1944, 1945 und 1946 (die Zahlen seit dem Jahre 1928 sind in den früheren Verwaltungsberichten veröffentlicht):

	1944 Fr.	1945 Fr.	1946 Fr.
Aarberg	187 812	232 842	287 088
Aarwangen	277 630	326 325	441 450
Bern	2 836 182	2 783 571	6 341 601
Biel	608 256	667 895	826 013
Büren	82 770	63 251	183 926
Burgdorf	220 883	241 456	306 950
Courtellary	102 184	356 948	365 274
Delsberg	110 761	139 773	251 646
Erlach	57 119	52 516	108 552
Freibergen	27 907	38 084	93 328
Fraubrunnen	72 384	104 250	114 384
Frutigen	81 818	87 330	170 970
Interlaken	290 971	330 991	458 132
Konolfingen	166 516	202 299	263 148
Laufen	44 245	101 984	79 738
Laupen	80 056	112 836	122 536
Münster	286 613	402 076	515 189
Neuenstadt	56 394	70 102	61 028
Nidau	109 245	128 100	143 186
Oberhasli	95 441	84 891	194 568
Pruntrut	144 503	203 777	486 657
Saanen	29 583	17 453	47 329
Schwarzenburg	80 176	87 213	129 469
Seftigen	141 423	192 347	216 411
Signau	156 704	161 929	216 812
Nieder-Simmental	118 021	148 622	151 793
Ober-Simmental	42 555	70 057	77 528
Thun	401 440	511 592	628 393
Trachselwald	149 086	219 555	313 562
Wangen	86 097	142 195	148 497
Total	7 144 775	8 282 260	13 745 158

VIII. Salzhandlung

Umsatz pro 1948

1. Kochsalz

Kochsalz, gewöhnliches	2 294 300 kg
Kochsalz, jodiertes, offen	5 991 100 kg
Kochsalz, jodiertes, in Paketen . . .	239 600 kg
Total	8 525 000 kg

Im Vorjahr wurden abgegeben (gewöhnliches 2 338 750 kg, jodiertes offenes 6 238 400 kg, jodiertes in Paketen 218 200 kg) **8 795 350 kg**

Im Berichtsjahr wurden weniger verkauft **270 350 kg**

2. Andere Salzarten

	Eingang	Ausgang	Mehr- ausgang als 1947	Weniger- ausgang als 1947
	kg	kg	kg	kg
Tafelsalz	238 975	232 400	35 350	—
Tafelsalz Grésil	1 950	1 910	—	805
Meersalz	55 900	54 100	4 050	—
Gewerbesalz	1 858 850	1 864 050	—	141 100
Vergoldersalz	31 450	26 450	—	250
Pfannensteinsalz	500	350	250	—
Nitritpökelsalz	78 350	80 050	12 400	—

Den Rheinsalinen wurden für die sämtlichen Bezüge (Koch- und Speziialsalze) Fr. 1 188 875.55 bezahlt gegenüber Fr. 1 201 268.50 im Vorjahr.

Reinertrag

Dieser geht hervor aus dem
Bruttoertrag von Fr. 1 633 202.10

abzüglich der Betriebskosten von Fr. 614 274.07
und der Verwaltungskosten von » 35 297.53
» 649 571.60

verbleiben der Staatskasse als Reinertrag Fr. 983 630.50

Im Voranschlag war ein Ertrag vorgesehen von Fr. 1 017 861.—

Minderertrag gegenüber dem Voranschlag Fr. 34 230.50

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Reinertrag *vermehrt* um . . Fr. 148 554.96

Diese Vermehrung ist einzig auf den Wegfall des Beitrages an den Verein «Für das Alter» gemäss Gesetz vom 3. März 1929 zurückzuführen. In Wirklichkeit ist eine Verminderung um Fr. 51 445.04 zu verzeichnen.

IX. Domänenverwaltung

Im Berichtsjahr wurden wiederum zahlreiche Handänderungen von Liegenschaften getätigt, worunter eine Anzahl von Abtauschen zu Grenzbereinigungen usw. Über die Einzelheiten geben die nachstehenden Tabellen Aufschluss.

Die Bestrebungen zur Beschaffung von Wohngelegenheiten für das Anstaltspersonal wurden fortgesetzt. Im Spätherbst 1948 konnten in Münsingen 16 Wohnungen, davon 4 Einfamilienhäuser, in Hindelbank 5 und in Thorberg 6 Einfamilienhäuser bezogen werden, womit eine fühlbare Entlastung eingetreten ist und einem seit langem bestehenden Bedürfnis entsprochen werden konnte.

Das Gegenteil muss aber leider in bezug auf den Raumbedarf der Verwaltung ganz allgemein festgestellt werden. Nicht nur in der Zentralverwaltung, sondern in verstärktem Masse auch in den Amtsbezirken macht sich ein vermehrter Bedarf an Arbeitsräumen bemerkbar, der da und dort Umbauten und die Miete zusätzlicher Räumlichkeiten notwendig machte, so in Biel, Langnau, Laufen, Moutier, Trachselwald, Wimmis u. a.

Der anfänglich für möglich gehaltene und im Hinblick auf die immer noch bestehende Wohnungsknappheit dringend wünschbare Rückzug von Verwaltungsabteilungen aus Privatwohnungen konnte in Ermangelung staatseigener Gebäulichkeiten nicht durch-

geführt werden. Die Raumkalamität einzelner Verwaltungsabteilungen hat ein Mass erreicht, dass eine befriedigende Lösung nur im Ankauf weiterer Liegenschaften gefunden werden kann. Der in Aussicht genommene Ausbau der Gebäude Rathausplatz 1/Postgasse 63 wird in dieser Richtung eine gewisse Entlastung bringen.

Im Berichtsjahr wurden folgende An- und Verkäufe sowie Abtausch von Liegenschaften getätigt:

A. Ankäufe

1. *Amt Erlach:* In Erlach erwarb das dortige Erziehungsheim von der Einwohnergemeinde Erlach einen Landabschnitt von 4,9 a mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 330. Ein Kaufpreis war nicht zu entrichten.

2. *Amt Interlaken:* In Leissigen wurde von Rud. Dietrich, Pfrundpächter, seine auf Staatsboden stehende Scheune mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 1600 zum Preis von Fr. 3000 käuflich übernommen.

3. *Amt Konolfingen:* Für den Bau von Angestelltenwohnungen der Anstalt Münsingen wurde von der Einwohnergemeinde Münsingen eine Parzelle von 46,38 a für Fr. 46 380 und von Frl. Anna und Emma Küenzi eine solche von 10,89 a für Fr. 4039 erworben.

4. *Amt Obersimmental:* Für die Errichtung eines Heimes für die vorübergehende Unterbringung von Kleinkindern durch die Armendirektion erwarb der Staat in Boltigen von Frau Wwe. Rosa Ueltschi eine Liegenschaft, bestehend aus Wohnhaus, 15,47 a Umschwung und Land mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 41 350 zum Preis von Fr. 75 000; Grossratsbeschluss vom 11. Mai 1948.

5. *Amt Thun:* In Oberhofen erwarb der Staat von der Erbgemeinschaft von Mandach und Prof. von Mandach die sogenannte Wichterheerbesitzung im Halte von 275,27 a mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 251 730 zum Preise von Fr. 550 000. An diesen Kaufpreis entrichten die Einwohnergemeinde Oberhofen und der Uferschutzverband einen Beitrag von je Fr. 50 000. Durch diesen Kauf konnte die am See gelegene Besitzung der Spekulation und Überbauung entzogen werden.

B. Verkäufe

1. *Amt Aarwangen:* Von einer Parzelle des Erziehungsheimes Aarwangen gingen für die Verbreiterung der dortigen Staatsstrasse 72 m² Land ohne Verrechnung eines Kaufpreises in die Verwaltung der kantonalen Baudirektion über.

2. *Amt Bern:* Für die Verbreiterung der Papiermühlestrasse beanspruchte die Einwohnergemeinde Bern 10,12 a Land des Staates, welches seinerzeit als Bauplatz für eine neue Kaserne angekauft wurde, und bezahlte dafür im Expropriationsverfahren einen Kaufpreis von Fr. 26 312.

3. *Amt Burgdorf:* Vom Terrain des Salzhauses bei der Station Steinhof in Burgdorf wurde eine Fläche von 144 m², auf welcher das Industriegeleise zum Salz-

haus liegt, unentgeltlich an die Emmental-Burgdorf-Thun-Bahn abgetreten.

4. *Amt Erlach:* Auf verschiedenen Parzellen des Erziehungsheimes Erlach errichtete die schweizerische Armee militärische Bauten (Tanksperrn und Bunker) und beanspruchte hiezu 26,33 a; die Verurkundung der entsprechenden Terrainabtretung fand erst im Jahre 1948 statt. Das eidgenössische Militärdepartement entrichtete hierfür eine Totalentschädigung von Fr. 1560.90.

In Gampelen wurde an zwei frühere Angestellte der Strafanstalt Witzwil der sogenannte Platanenhof, bestehend aus Wohnhaus und 13,99 a Umschwung, zum Preise von Fr. 24 000 verkauft.

5. *Amt Fraubrunnen:* Für eine Wegkorrektur benötigte die Einwohnergemeinde Utzenstorf 10 m² Pfrundland, welche ihr unentgeltlich überlassen worden sind.

6. *Amt Laupen:* Der Einwohnergemeinde Laupen wurden zur Anlage eines Weges zum neuen Schulhaus 2,92 a des dortigen Pfrundgutes zum Preise von Fr. 292 verkauft.

7. *Amt Neuenstadt:* Die seinerzeit durch Vermächtnis dem Staate zugefallene Besitzung «Cheval blanc» in Lamboing und Nods im Halte von 559,02 a konnte an den bisherigen Pächter Ali Rossel zum Preis von Fr. 40 000 veräussert werden.

8. *Amt Nidau:* In Twann sind an die Gebrüder Ed. und Heinrich Gerster, Rebbergbesitzer, 6 m² Strandboden zur Erstellung einer Pumpstation zum Preis von Fr. 60 verkauft worden.

9. *Amt Oberhasli:* Für die Erweiterung der Schiessanlage in Guttannen mussten verschiedene Landverschiebungen vorgenommen werden. Der Staat trat zu diesem Zwecke von seinem dortigen Pfrundgut 70 m² an die Erbschaft Ad. Schläppi zum Preis von Fr. 35 ab.

10. *Amt Trachselwald:* In Rüegsau wurde die Erweiterung des Friedhofes notwendig, und es mussten hierfür 6,95 a Pfrundland beansprucht werden, für die die Kirchengemeinde einen Kaufpreis von Fr. 3475 entrichtete.

C. Abtausche

1. *Amt Delsberg:* Für die Arrondierung der Parzelle 1641 der Landwirtschaftlichen Schule Courtemelon wurde mit Henri Broquet eine in der Gemeinde Delsberg gelegene Parzelle im Halte von 13,43 a mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 330 gleichwertig abgetauscht.

2. *Amt Erlach:* Die Arbeitsanstalt St. Johannsen tauschte mit Ernst Schwab, Landwirt in Gals, eine Parzelle im Halte von 47,25 a mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 1890 mit einem gleich grossen Stück wertgleich ab. Von der gleichen Anstalt wurden in der Gemeinde Ins durch Abtausch folgende Parzellen erworben: von Joh. Anker 23,72 a, von Ernst Alfred Jampen 37,86 a, von Frau Rosa Gugger 11,73 a, von Rob. Schreier 1,79 a und von Frau Marie Böhlen 62 m². Dagegen sind von der Anstalt an die gleichen Grundbesitzer 101,65 a abgetreten worden. Der Mehr-

wert dieser Abtauschparzellen wurden dem Staat mit Fr. 2092 vergütet.

3. *Amt Konolfingen*: Zum Zwecke einer Grenzberichtigung im Zusammenhang mit der Erstellung von Angestelltenwohnungen für die Ökonomie der Anstalt Münsingen fand ein Abtausch von 2,70 a mit Frl. Emma und Anna Küenzi bzw. Paul Fr. Minder in Münsingen statt.

4. *Amt Nidau*: Vom Pfrundgut in Täuffelen wurde mit Armin Rüfenacht, Fabrikant daselbst, eine Parzelle

im Halte von 11,70 a gegen ein gleich grosses Grundstück abgetauscht. Für den Mehrwert des vom Pfrundland abgehenden Terrains bezahlte A. Rüfenacht einen Aufpreis von Fr. 1170.

5. *Amt Wangen a. A.*: In Oberbipp wurde zwischen dem dortigen Erziehungsheim und Alfred Hofstetter, Landwirt, ein Abtausch vorgenommen, bei welchem der Staat eine Parzelle von 14,97 a erhielt und dagegen eine solche im gleichen Halte und Werte abtrat.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich			Grundsteuerschätzung Fr.	Kaufpreis Fr.
		ha	a	m ²		
Delsberg	—	—	13	43	330	Tausch
Erlach	—	1	27	87	3 880	»
Interlaken	1	—	—	—	1 600	3 000.—
Konolfingen	—	—	57	27	1 200	50 419.—
Nidau	—	—	11	70	590	Tausch
Obersimmental	1	—	15	47	41 670	75 000.—
Thun	9	2	75	27	251 730	550 000.—
Wangen	—	—	14	97	670	Tausch
	11	5	15	98	301 670	678 419.—

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich			Grundsteuerschätzung Fr.	Kaufpreis Fr.
		ha	a	m ²		
Aarwangen	—	—	—	74	—	—
Bern	—	—	10	12	1 000	26 312.—
Burgdorf	—	—	1	44	580	—
Delsberg	—	—	13	43	330	—
Erlach	—	1	89	22	19 210	27 652.90
Fraubrunnen	—	—	—	10	10	—
Konolfingen	—	—	5	12	310	Tausch
Laupen	—	—	2	92	120	292.—
Neuenstadt	1	5	59	02	49 450	40 000.—
Nidau	—	—	11	76	585	1 230.—
Oberhasli	—	—	—	70	20	35.—
Trachselwald	—	—	6	95	470	3 475.—
Wangen	—	—	14	71	660	Tausch
	1	8	16	23	72 745	98 996.90
Seegrund	—	—	27	13	—	1 226.—
	1	8	43	36	72 745	100 222.90

Seegrundverkäufe

				Kaufpreis Fr.
Bielersee:	Neuenstadt	1077 m ²	an Einwohnergemeinde Neuenstadt	538.50
	Erlach	63 m ²	an Eidgenössisches Militärdepartement	—
Brienzersee:	Ringgenberg	45 m ²	an Ulrich Imboden, Ringgenberg	135.—
Thunersee:	Hilterfingen	25 m ²	an Erbgemeinschaft Rupp, Hilterfingen	125.—
	Krattigen	188 m ²	an Eidgenössisches Militärdepartement	94.—
	Leissigen	505 m ²	an Frau Wwe. Baumberger, Langenthal	252.50
Wohlensee:	Bern-Eymatt (Neu- land infolge Auf- landung)	810 m ²	an Einwohnergemeinde Bern	81.—
		<u>2713 m²</u>		<u>1226.—</u>

Ausweis über die Veränderungen

	ha	Erdreich a	m ²	Grundsteuerschätzung Fr.
Bestand der Staatsdomänen am 31. Dezember 1947.	3582	89	57	89 320 946.—
Zuwachs im Jahre 1948:				
a) durch Ankäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	5	15	98	301 670.—
b) durch Berichtigungen usw.	—	—	—	263 200.—
	3588	05	55	89 885 816.—
Verminderung im Jahre 1948:				
a) durch Verkäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	8	16	23	72 745.—
b) durch Berichtigungen infolge Schätzungsveränderungen usw.	—	31	98	48 540.—
<i>Bestand auf 31. Dezember 1948</i>	<i>3579</i>	<i>57</i>	<i>34</i>	<i>89 764 531.—</i>
Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf				Fr. 2 848 390.91
Im Voranschlag waren vorgesehen.				» 2 790 867.—
Somit Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag				<u>Fr. 57 523.91</u>

Dieser Mehrertrag setzt sich zusammen aus:

Mehreinnahmen beim Ertrag	Fr.	33 323.56
Minderausgaben bei den Wirtschaftskosten	»	10 792.10
Minderausgaben bei den Abgaben	»	13 408.25
	<u>Fr.</u>	<u>57 523.91</u>

X. Kantonalkbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1948 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3% Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)	Fr. 8 050 251.78
Kommissionen, netto	» 2 216 362.30
Ertrag des Wechselportefeuilles	» 2 203 785.29
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen	» 625 365.13
Ertrag der Liegenschaften	» 277 215.81
Verschiedenes	» 636 921.18
	<u>Fr. 14 009 901.49</u>

Wovon abgehen:

Verwaltungskosten	Fr. 8 533 623.99
Steuern und Abgaben	» 949 105.28

Verluste und Abschreibungen:

Verluste auf Wechseln	Fr. 30 718.09
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	» 3 738.—
Verluste auf Hypothekaranlagen	» 668.25
Abschreibungen auf Mobiliar	» 184 075.15
Abschreibungen auf Bankgebäuden	» 88 788.—
Abschreibungen auf andern Liegenschaften	» —.—
Rückstellungen für besondere Risiken	» 679 748.25
	<u>Fr. 987 735.74</u>
Abzüglich Wiedereingänge	» 31 378.10
	<u>» 956 357.64</u>
	<u>» 10 439 086.91</u>
	<u>Jahreserträgnis Fr. 3 570 814.58</u>

Beantragte Verwendung:

1. 4 % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000.	Fr. 1 600 000.—
2. Zuweisung an den Reservefonds	» 200 000.—
3. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken	» 1 770 814.58
	<u>Fr. 3 570 814.58</u>

XI. Hypothekarkasse

Wie in früheren Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse steht den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag: Darlehen auf Hypothek.	Fr. 18 434 450.62
Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung	» 12 773.80
Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung	» 18 881.85
Konto-Korrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften	» 1 069 822.05
Bankendebitoren	» 208 258.35
Ertrag der Provisionen	» 28 109.75
Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen . . .	» 1 907 759.95
Ertrag der Liegenschaften.	» 32 744.35
Summe des Rohertrages	Fr. 21 712 800.72

Kosten: Verzinsung der festen Anleihen.	Fr. 3 458 355.60
Verzinsung der Pfandbrief-Darlehen	» 1 468 619.75
Langfristige Kassaobligationen	» 195 000.—
Kassascheine und Obligationen	» 1 966 465.15
Spareinlagen	» 2 944 485.59
Spezialfonds	» 7 325 482.04
Depositen in Kontokorrent.	» 194 399.71
Kreditoren auf Sicht	» 29 860.79
Kommissionen	» 28 322.40
Bankbehörden und Personal	» 687 831.80
Pensionskasse	» 59 404.70
Geschäfts- und Bureaukosten	» 69 791.49
Emissionskosten für feste Anleihen	» 537 096.25
Steuern und Abgaben	» 757 228.75
Verluste und Abschreibungen	» 13 674.80
Rückstellung für Baufonds	» 226 500.—
Zuweisung an Reservefonds	» 400 000.—
Verzinsung des Stammkapitals	» 1 200 000.—
	» 21 562 518.82
Ergibt einen Reinertrag von	Fr. 150 281.90

Gegenüber dem Reinertrag des Vorjahres von Fr. 151 710.68 ergibt sich für das Jahr 1948 ein Minderertrag von Fr. 1428.78.

XII. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke weist für 1948 folgende Hauptposten auf:

Haben: Saldo vortrag vom Jahre 1947.	Fr.	127 734.40
Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft	»	14 824 764.40
Ertrag aus dem Installationsgeschäft	»	402 833.95
Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften	»	390 425.40
	Summa Rohertrag	Fr. 15 745 758.15
Soll: Obligationenzinse	Fr.	611 206.90
Steuern, Abgaben und Schwellenlasten	»	3 707 186.50
Abschreibungen	»	6 466 434.40
Zuweisung an die Pensionskasse	»	—.—
Einlage in den Tilgungsfonds	»	700 000.—
Einlage in den Erneuerungsfonds	»	650 000.—
		» 12 134 827.80
	Bleibt ein Reinertrag von	Fr. 3 610 930.35

Der Reinertrag wurde wie folgt verwendet:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr.	50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	»	350 000.—
5 1/2 % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56 000 000	»	3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	»	130 930.35
	Fr.	3 610 930.35

Der Energieabsatz ist im laufenden Berichtsjahr mit 1 283 532 503 kWh gegenüber 1 271 984 990 kWh im Vorjahr um 11 547 513 kWh leicht gestiegen.

Dem niederschlagsreichen Sommer, der die vollständige Füllung aller Stauseen auf Beginn des Winters 1948/49 ermöglichte, folgte im Herbst und Winter eine ausserordentliche Trockenheit, die die Wasserzufuhr stark beeinträchtigte, so dass auf 1. Januar 1949 wiederum behördliche Einschränkungsmassnahmen verfügt werden mussten.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt gestaltet sich die Energieabgabe in kWh wie folgt:

	1948	1947
Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Haushaltungen	646 435 973	580 623 732
Normalbahnen	71 896 323	75 753 329
Elektrochemische und elektrothermische Betriebe	190 113 620	170 454 642
Schweizerische Elektrizitätswerke	359 734 087	392 040 230
Ausländische Elektrizitätswerke	15 352 500	53 113 057

Zunahmen weisen auf: Allgemeines Licht- und Kraftnetz 65 812 241 kWh und die elektrochemischen und elektrothermischen Betriebe 19 658 978 kWh. Abnahmen verzeigen dagegen: Normalbahnen 3 857 006 kWh, Schweizerische Elektrizitätswerke 32 306 143 und Ausländische Elektrizitätswerke 37 760 557 kWh.

Die Deckung des gesamten Energieabsatzes von 1 283 532 503 kWh erfolgte aus: eigenen Werken mit 476 309 000 kWh (444 532 200), den Kraftwerken Oberhasli mit 390 984 824 kWh (405 246 790) und fremden Werken, insbesondere der Westschweiz, mit 416 283 679 kWh (422 206 000). Für die Beschaffung weiterer Energie wird am Ausbau des Kraftwerkes Handeck II mit grösster Anstrengung gearbeitet. Dieses Werk wird voraussichtlich im Herbst 1950 dem Betrieb übergeben werden können.

Die Einnahmen aus dem Energielieferungsgeschäft sind von Fr. 44 158 068.85 im Vorjahr auf 46 215 998.15 Franken gestiegen, was einer Mehreinnahme von Fr. 2 057 929.30 entspricht. Dagegen sind auch die Ausgaben von Fr. 28 860 997.— im Vorjahr auf Franken 31 391 233.75 gestiegen. Die Zunahme von Franken 2 530 236.75 ist auf höhere Betriebs- und Unterhaltskosten zurückzuführen. Der Bruttoüberschuss des

Energielieferungsgeschäftes beträgt Fr. 14 824 764.40 gegenüber Fr. 15 297 071.85 im Vorjahr.

Das Installationsgeschäft verzeigt bei 15 445 761.30 Franken (13 074 037.80) Einnahmen und 15 042 927.35 Franken (12 709 701.15) Ausgaben einen Bruttoüberschuss von Fr. 402 833.95 (364 336.65).

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und anderen Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Instrumenten betragen Fr. 6 466 434.40 gegen

Fr. 6 401 719.65 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 14. Juni 1949.

Der Finanzdirektor:

Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 5. Juli 1949

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**

